

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ottmar von Holtz, Agnieszka Brugger, Uwe Kekeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/26238 –**

Friedensmediation als festen Bestandteil deutscher Außenpolitik verankern und deutlich ausbauen

A. Problem

Die antragstellende Fraktion setzt sich dafür ein, Mediation als Bestandteil deutscher Außenpolitik weiter auszubauen. Friedensmediationen seien ein essentieller Beitrag zur Friedensförderung. Bei drohenden oder bereits ausgebrochenen bewaffneten Konflikten sei es von elementarer Bedeutung, die beteiligten Parteien miteinander ins Gespräch zu bringen, um eine friedliche Beilegung zu erreichen.

Im Rahmen der Vereinten Nationen hätten sich Friedensmediationen seit Jahrzehnten bewährt, und sowohl in der deutschen als auch in der europäischen Außenpolitik werde die Bedeutung dieses Instrumentes zunehmend anerkannt. Gerade in Debatten über eine neue Verantwortung Deutschlands in der Welt könne Friedensmediation zeigen, dass diese neue globale Verantwortung keine militärische sein müsse.

Die Bundesregierung habe sich verpflichtet, sich in dem Bereich stärker zu engagieren und hierzu bereits ein Konzept vorgelegt und personell aufgestockt. Diese Ansätze müssten nun auf nationaler und internationaler Ebene ausgebaut werden.

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung dazu auffordern,

die Finanzierung von Mediationsprojekten an die Wirklichkeit in Konfliktkontexten anzupassen;

die Forschung im Bereich Friedensmediation sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu stärken;

den Austausch von Wissen und Erfahrung mit und zwischen Expertinnen und Experten aus dem Globalen Süden auszubauen;

Frauen als Mediatorinnen und Mediationsunterstützerinnen gezielt zu fördern;

das deutsche Mediationsprofil weiter zu schärfen;

sich für den Ausbau von Friedensmediationen in der EU einzusetzen und die Vernetzung voranzubringen;

Deutschlands Engagement im Bereich Mediation auch innerhalb des UN-Systems zu stärken;

mehr Öffentlichkeit für die zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensmediation herzustellen;

Mitgliedern des Bundestages vor einer Auslandsreise ein Briefing zu etwaigen laufenden Mediationsverfahren vor Ort anbieten;

den Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Fachorganisationen, dem Bundestag und der Exekutive auszubauen;

Abgeordneten, ehemaligen Regierungsmitgliedern sowie einschlägigen Persönlichkeiten aus anderen Berufsfeldern gezielt Angebote für eine Mediationsausbildung zu machen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/26238 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Markus Grübel
Berichterstatter

Josip Juratovic
Berichterstatter

Paul Viktor Podolay
Berichterstatter

Renata Alt
Berichterstatterin

Dr. Gregor Gysi
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Markus Grübel, Josip Juratovic, Paul Viktor Podolay, Renata Alt, Dr. Gregor Gysi und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/26238** in seiner 221. Sitzung am 15. April 2021 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion setzt sich dafür ein, Mediation als Bestandteil deutscher Außenpolitik weiter auszubauen. Friedensmediationen seien ein essentieller Beitrag zur Friedensförderung. Bei drohenden oder bereits ausgebrochenen bewaffneten Konflikten sei es von elementarer Bedeutung, die beteiligten Parteien miteinander ins Gespräch zu bringen, um eine friedliche Beilegung zu erreichen.

Im Rahmen der Vereinten Nationen hätten sich Friedensmediationen seit Jahrzehnten bewährt, und sowohl in der deutschen als auch in der europäischen Außenpolitik werde die Bedeutung dieses Instrumentes zunehmend anerkannt. Gerade in Debatten über eine neue Verantwortung Deutschlands in der Welt könne Friedensmediation zeigen, dass diese neue globale Verantwortung keine militärische sein müsse.

Die Bundesregierung habe sich verpflichtet, sich in dem Bereich stärker zu engagieren und hierzu bereits ein Konzept vorgelegt und personell aufgestockt. Diese Ansätze müssten nun auf nationaler und internationaler Ebene ausgebaut werden.

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung dazu auffordern,

die Finanzierung von Mediationsprojekten an die Wirklichkeit in Konfliktkontexten anzupassen;

die Forschung im Bereich Friedensmediation sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu stärken;

den Austausch von Wissen und Erfahrung mit und zwischen Expertinnen und Experten aus dem Globalen Süden auszubauen;

Frauen als Mediatorinnen und Mediationsunterstützerinnen gezielt zu fördern;

das deutsche Mediationsprofil weiter zu schärfen;

sich für den Ausbau von Friedensmediationen in der EU einzusetzen und die Vernetzung voranzubringen;

Deutschlands Engagement im Bereich Mediation auch innerhalb des UN-Systems zu stärken;

mehr Öffentlichkeit für die zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensmediation herzustellen;

Mitgliedern des Bundestages vor einer Auslandsreise ein Briefing zu etwaigen laufenden Mediationsverfahren vor Ort anbieten;

den Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Fachorganisationen, dem Bundestag und der Exekutive auszubauen;

Abgeordneten, ehemaligen Regierungsmitgliedern sowie einschlägigen Persönlichkeiten aus anderen Berufsfeldern gezielt Angebote für eine Mediationsausbildung zu machen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26238 in seiner 78. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26238 in seiner 94. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26238 in seiner 81. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 19. Mai 2021

Markus Grübel
Berichtersteller

Josip Juratovic
Berichtersteller

Paul Viktor Podolay
Berichtersteller

Renata Alt
Berichterstellerin

Dr. Gregor Gysi
Berichtersteller

Omid Nouripour
Berichtersteller

